



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Petitionswesens und zur Zentralisierung der Landesbeauftragten und ihrer Aufgaben

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1289

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der FDP zur Stärkung des Petitionswesens und zur Zentralisierung der Landesbeauftragten und ihrer Aufgaben, Drucksache 16/1289, durch Plenarbeschluss vom 21. März 2007 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Sozialausschuss und den Petitionsausschuss überwiesen. Alle drei Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit dem Gesetzentwurf befasst und eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich zuletzt in seiner Sitzung am 8. Oktober 2007 mit der Vorlage beschäftigt.

Im Einvernehmen mit dem beteiligten Sozialausschuss und dem beteiligten Petitionsausschuss empfiehlt er dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Stärkung des Petitionswesens und zur Zentralisierung der Landesbeauftragten und ihrer Aufgaben, Drucksache 16/1289, abzulehnen.

Werner Kalinka
Vorsitzender